



Interviews

Datum: 30. Juni 2023

Ralf Fücks (Bündnis90/ Die Grünen) zum Verhältnis zwischen Union und Grünen

Philipp May: Es ist keine zwei Jahre her, da galt Schwarz-Grün auf Bundesebene beinahe als gesetzt. Nach der bleiernen Zeit der diversen Gro-Kos schien sie für viele die geradezu logische Konstellation für die Bewältigung vieler Probleme der Zukunft zu sein. Es kam bekanntlich anders. Zunächst schwächelte die Union, dann schwächelte die Ampel und jetzt erstarkt die AfD und alle sind in heller Aufregung. Als Konsequenz des Ganzen hat CDU-Parteichef Friedrich Merz in dieser Woche eine neue Losung ausgegeben. Die Grünen sind der Hauptgegner der Union. Heute auf einer gemeinsamen Strategiesitzung von CSU und CDU in München soll das noch einmal bekräftigt werden mit einem Zehn-Punkte-Papier, in dem es unter anderem heißt: nein zu grüner Ideologie. Dass die Grünen Partner der CDU in gleich vier Zweierkoalitionen auf Landesebene sind, spielt offenbar keine Rolle mehr. Sprechen wir drüber. Ralf Fücks ist Mitgründer der Grünen, war Ko-Parteivorsitzender, dann Vorstand der parteinahen Heinrich-Böll-Stiftung und hat sich als einer der Ersten für schwarz-grüne Bündnisse ausgesprochen. Vor knapp zwei Wochen saß er noch beim Grundsatzkonvent der CDU gemeinsam mit Friedrich Merz auf einem Podium, um über Gemeinsamkeiten zu diskutieren und jetzt ist er am Telefon, schönen guten Morgen, Herr Fücks.

Ralf Fücks: Guten Morgen, Herr May.

May: Haben die Grünen jetzt auch einen neuen Hauptgegner?

Fücks: Ich würde nicht dazu raten, dass man jetzt einfach den spiegelverkehrten Friedrich Merz spielt. Das passt ja auch nicht zur politischen Realität in Deutschland. Sie haben gerade selbst gesagt, dass in vier Bundesländern es schwarz-grüne Koalitionen gibt, sogar eine mit einem grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg. In Sachsen sind die Grünen auch in einer Koalition mit der CDU beteiligt. Und die

funktionieren eigentlich nicht konfliktfrei, aber doch offensichtlich recht konstruktiv. Und jetzt die Brücken zu den Grünen einzureißen, das ist ein bisschen zu billig und ist strategisch kontraproduktiv. Man muss ja doch fragen: Mit wem will die Union eigentlich nach der nächsten Bundestagswahl regieren? Will sie auf ewig in der großen Koalition stecken oder will sie sich öffnen auch für das ökologisch aufgeklärte, liberale, moderne, bürgerliche Spektrum, für das die Grünen stehen?

May: Aber so sehen Sie es schon? Also, es werden da gerade Brücken eingerissen?

Fücks: Zumindest rhetorisch. Ob das tatsächlich dann auch politisch durchgehalten wird, muss man sehen. Es ist ja auch in der Union keineswegs unumstritten. Ich kann schon verstehen, dass Herr Merz sagt, die CDU muss sich auch von den Grünen abgrenzen. Natürlich, sie ist eine Partei der rechten Mitte, wie man im Politologen-Deutsch sagt. Sie muss auch das konservative Wählerspektrum mitnehmen, kann es nicht der AfD überlassen, also, Leute, die für eine stärkere Steuerung der Einwanderung sind, die eher dem traditionellen Familienbild nachhängen. Aber sie kann nicht suggerieren als könnte sie diesen großen Wandel aufhalten, in dem wir uns befinden, ja, zu einer ökologischen Industriegesellschaft, zu einer klimaneutralen Industriegesellschaft. Sie kann die Geschlechterrevolution auch nicht aufhalten und auch nicht die Entwicklung zu einer Einwanderungsgesellschaft, sondern sie muss sie gestalten. Eigentlich müsste die Union sagen, wir gewährleisten Sicherheit im Wandel. Ja, das müsste ihre Rolle sein. Und das ist durchaus kompatibel mit den Grünen.

May: Das wäre Ihre Wunschvorstellung. Aber man kann es ja auch ganz anders sehen. Wenn der Chef der strukturellen Mehrheitspartei, CDU – ist die CDU ja immer noch, würde ich sagen – die Grünen zum Hauptgegner innerhalb des demokratischen Parteienspektrums aufruft, ist das ja auch eine enorme Aufwertung Ihrer Partei, der Grünen. Merz hat ja beim Grundsatzkonvent, bei dem Sie dabei waren, gesagt, es braucht zwei Volksparteien für eine stabile Demokratie. Die Grünen sind also für Merz der andere starke Pfeiler neben seiner Partei.

Fücks: Ob er mit der zweiten Volkspartei tatsächlich die Grünen gemeint hat, lasse ich jetzt mal ...

May: Na, wenn er sagt, die Grünen sind der Hauptgegner.

Fücks: Aber, ja, natürlich, ja, er hat offenbar doch schon realisiert, dass es einen Wettbewerb gibt zwischen Grünen und CDU – auch, wenn die Grünen jetzt gerade so in einer Formkrise sind – wer eigentlich die moderne bürgerliche Partei ist. Ja, und tatsächlich sind die Grünen in vielen Fragen natürlich der Antipode zur CDU. Aber in einer Situation, in der es überall bröckelt am Fundament der Demokratie, müssen demokratische Parteien untereinander kooperations- und koalitionsfähig bleiben, ja. Und eine bürgerliche Partei, die die CDU ja sein will und ist ...

May: Würden Sie das denn infrage stellen, jetzt mit diesen Aussagen?

Fücks: Also, zumindest rhetorisch ist er ja dabei, jetzt wieder alte Gräben aufzureißen, ja. Wir hatten natürlich eine lange Phase, in der CDU und Grüne wie Feuer und Wasser schienen, ja, und in der auch bei den Grünen die CDU so was wie der Gottseibeius war. Völlig undenkbar, schwarz-grün. Das ist vorbei.

May: Aber das war die Phase, aber das war natürlich auch die Phase, in der die konservativen Wählerschichten bei der CDU gehalten worden sind, bis hin zum rechten Rand.

Fücks: Also, ich glaube überhaupt nicht, dass das Hochkommen der AfD-Ergebnis eine Annäherung der CDU zu den Grünen ist. Das hat sehr viel tieferliegende Ursachen. Vor allem, dass wir uns in einer Phase von stürmischem gesellschaftlichem Wandel befinden, der mit großer Geschwindigkeit sozusagen abläuft, viele Leute verunsichert und sicher nicht daran, dass die CDU sich den Themen, die die Grünen aufgeworfen haben – und denen sich niemand entziehen kann, ob das der Klimawandel ist oder das Thema Geschlechtergerechtigkeit oder die Tatsache, dass wir uns längst in einer Einwanderungsgesellschaft befinden, dazu muss die Union eigene Antworten finden. Und sie kann nicht so tun als könnte sie diese Herausforderung einfach abwehren.

May: Aber der Gedanke noch mal, der dahintersteckt, ist ja einleuchtend. Ein Teil der Unionswähler fremdelt stark mit den Grünen – haben wir rausgearbeitet – und generell mit liberaleren Positionen. Das sind ja jetzt genau die Leute, die teilweise schon abgewandert sind zur AfD, aber auch teilweise noch da sind bei der CDU und die drohen, möglicherweise abzuwandern. Um die muss die Union kämpfen. Die Grünen können nur zuschauen.

Fücks: Die Union darf, wenn sie sich von der AfD abgrenzt und die AfD bekämpft, was natürlich richtig ist, auf keinen Fall aber die politische Rhetorik und die Kampfbe-
griffe der AfD übernehmen. Es kommt entscheidend auf das Wie an, ja. Denn sonst normalisiert sie die AfD. Und sozusagen, wenn man das tut, dann spielt man tatsächlich mit dem Feuer. Sie muss den Bogen schlagen zwischen denen, die noch erreichbar sind im rechten Spektrum, die tatsächlich aus Protestmotiven AfD wählen. Die ÜberzeugungswählerInnen, ja, die tatsächlich die Grundhaltung der AfD teilen, die wird sie nicht mehr zurückholen können. Gegen die muss man eine Brandmauer sozusagen errichten. Und sie muss noch gleichzeitig anschlussfähig sein in Richtung Ökologie und sozusagen einer liberalen, toleranten Gesellschaftsauffassung. Das gehört doch auch zur DNA der Union. Die Union ist ja eigentlich ein Bündnis, ja, aus Konservativen, aus christlich-sozialen Strömungen, aus Anhängern der Marktwirtschaft. Warum profiliert Friedrich Merz die Union nicht als die Partei der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft? Wenn er nur in der Abwehr der Grünen beharrt, dann verfehlt er eigentlich seine Aufgabe zu sagen, wofür steht die moderne Union. Was sind die Leitthemen? Was sind die politischen Projekte der Union? Er müsste einen positiven Entwurf präsentieren statt in der Negation zu den Grünen. Im Grunde ist das ja ein bisschen arm, ja, zu sagen, die CDU definiert sich vor allem in Abgrenzung von den Grünen.

May: Ja. Sie haben gerade gesagt, Brandmauer, die errichtet werden muss. Dass jetzt Friedrich Merz eine Brandmauer errichtet hat zur AfD, das stellen Sie aber nicht infrage?

Fücks: Ja, er hat – und das ist natürlich gut und richtig – so gesagt, es gibt keine Zusammenarbeit mit ihr. Aber gleichzeitig darf die Union auch nicht die Sprache der AfD übernehmen. Und dieses Spiel mit der populistischen Rhetorik, ja – Gender-

wahn, Sprachdiktatur, Energiestasi oder Sozialtourismus von Flüchtlingen, eine Bezeichnung, für die Friedrich Merz sich entschuldigt hat, gut so – das ist gerade der falsche Weg.

May: Schwarz und Grün, Gegner oder potenzielle Verbündete? Wir rätseln noch. Dazu bei uns im Deutschlandfunk Ralf Fücks, ehemaliger Grünevorsitzender. Herr Fücks, vielen Dank für das Gespräch.

Fücks: Gerne.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.